



Brüssel, den 26. Januar 2016
(OR. en)

Interinstitutionelles Dossier:
2016/0005 (NLE)

5571/16
ADD 9

ACP 13
WTO 7
COAFR 14
RELEX 57

VORSCHLAG

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	22. Januar 2016
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.:	COM(2016) 18 final - Annex 2 - Part 8/8
Betr.:	ANHANG des Vorschlags für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2016) 18 final - Annex 2 - Part 8/8.

Anl.: COM(2016) 18 final - Annex 2 - Part 8/8

Brüssel, den 22.1.2016
COM(2016) 18 final

ANNEX 2 – PART 8/8

ANHANG

des

Vorschlags für einen Beschluss des Rates

über den Abschluss des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und den SADC-WPA-Staaten andererseits

ANHANG

ANHANG I: Einfuhrzölle der EU auf Waren mit Ursprung in den SADC-WPA-Staaten - Teil 8

EINFUHRZÖLLE DER EU AUF WAREN MIT URSPRUNG IN DEN SADC-WPA- STAATEN

TEIL III

BEHANDLUNG VON ERZEUGNISSEN DER TARIFPOSITION 1701 MIT URSPRUNG IN BOTSUANA, LESOTHO, MOSAMBIK, NAMIBIA UND SWASILAND

1. Für die Anwendung des Artikels 34 können jene Situationen als Störungen auf den Märkten für Erzeugnisse der Tarifposition 1701 betrachtet werden, in denen der EU-Marktpreis für Weißzucker in zwei aufeinanderfolgenden Monaten unter 80 % des EU-Marktpreises für Weißzucker im vorangegangenen Wirtschaftsjahr fällt.
2. Artikel 24 Absatz 1 gilt nicht für Erzeugnisse der Tarifposition 1701 mit Ursprung in Botsuana, Lesotho, Mosambik, Namibia und Swasiland, die in den zollrechtlich freien Verkehr in den französischen Überseedepartements überführt werden. Diese Bestimmung gilt für zehn (10) Jahre ab dem in Teil I Absatz 1 dieses ANHANGS genannten Zeitpunkt. Sofern die Vertragsparteien nichts anderes vereinbaren, wird dieser Zeitraum um einen weiteren Zeitraum von zehn (10) Jahren verlängert.